

müssen dieser Vorkant eingedenk sein, wie müssen sie in dieser Weihnachtszeit von neuem tief verleben. Die Nacht von 1923 kann ein Wendepunkt in unserem Leben werden, wenn wir den Willen haben.

Die Zeit der Winterferienende geht schon den alten Germanen als heilig. Die Sonne ruht in ihrem Laufe und die Welt steht still. Durch die Lüste zogen die Götter in stillen Scharen, während im Lande tiefe Ruhe herrschte. — Der Klang der Waffen war verklungen. — Wenn wir in dieser Weihnachtszeit auf jene Stimmen hören, die aus der Stille der Himmelsböhe zu uns herniederdringen, wenn wir nicht so sehr den ersten Teil des Weihnachtsdramas als vielmehr den zweiten „die eines neuen Willens sind“ zu erfüllen trachten, dann wird der andere Teil des Dramas, das „Liede den Menschen auf Erden“ sein letzter Akt mehr bleiben. J. H.

Um das Schicksal der Rhein- und Ruhrgefangenen Ein neuer Schritt des Papstes

Rom, 21. Dezember. Der Papst richtete anlässlich des Weihnachtsfestes die Bitte an Poincaré, die Ruhrgefangenen zu begnadigen und den Ausgewiesenen die Heimkehr zu gestatten. Im Vatikan verlas nach einer Mitteilung des Berliner Tageblattes, daß Poincaré die Bitte des Papstes erfüllen dürfte.

Eine Erklärung an die Reichsregierung

Treiden, 21. Dezember. Die im Treidener Bürgerausschuß für vaterländische Verbindungen zusammengeschlossenen Vereine und Verbände haben durch ihren Vorstand dem Reichskanzler eine Erklärung unterbreitet, die sich mit der Zielsetzung der Regierung zu der Frage der Freilassung der Rhein- und Ruhrgefangenen befaßt. Darin wird auf das Verprechen der Reichsregierung hingewiesen, die Freilassung der Gefangenen von Verhandlungen mit Frankreich und Belgien unbedingt an die Voraussetzung zu knüpfen, daß die Opfer der französisch-belgischen Vorkämpfer freigelassen würden. Der Inhalt sei seit Monaten eingeleitet, und die Reichsregierung rufte Verhandlungen mit den Feinden, ohne daß dieses Verprechen eingelöst worden wäre. Man befürchte, daß aus dieser Unterlassung heraus schweres Mißtrauen gegen die Reichsregierung erwachsen wird.

In der Erklärung werden weiterhin zwei besonders traurige Fälle angeführt, in denen in letzter Zeit zwei Deutsche zu zehn- und zwanzigjähriger Zwangsarbeit in Genua verurteilt worden seien. Sie werden beschuldigt, an einem Plane zur Sprengung des Rhein-Sperr-kanals teilgenommen und Sabotage verübt zu haben. Die Erklärung schließt mit einer Aufforderung an die Reichsregierung, in aller Öffentlichkeit volle Aufklärung darüber zu geben, ob diese Material den Tatsachen entspricht. Weiter wird um öffentliche Verurteilung der Namen aller von Frankreich noch zurückgehaltenen und verurteilten Deutschen sowie um Befreiung der Schritte gebeten, die die Reichsregierung zu deren Freilassung und Entschädigung ergreifen hat. Man verlange den sofortigen Abbruch aller Verbindungen mit Frankreich und Belgien, bevor nicht der letzte Deutsche freigesetzt ist.

Im Anschluß daran wird die Reichsregierung weiter darauf aufmerksam gemacht, daß mit den von dem republikanischen Waffenschatz von den feindlichen Regierungen die unerschöpflichen Mittelbrüche und Verwüstungen geübt werden in Italien, wo der Schaum nur wenige Tausende von Mann betrug.

Die Erklärung verlangt, solange jedem weiteren Scheitern die Bemühungen zu sperren, bis sich Wege zu einer schnelleren und vollständigeren Verwendung unserer Zahlungen finden bereit erklärt haben.

Es ist bitter schmerzhaft, so viele deutsche Brüder in feindlichen Gewalt und in Ungewißheit über ihr Schicksal zu wissen. Der 25. ist fast noch trauriger als das der Kriegsjahre. Die Sorge um ihre Freilassung brennt jedem Deutschen auf dem Herzen, zumal in diesen Weihnachts Tagen. Ob aber die Art dieses Vorgehens gegen die Reichsregierung, das der Treidener Bürgerausschuß anwendet, besonders zweckmäßig ist, die Lösung der Frage zu beschleunigen, muß stark bezweifelt werden. Wir trauern der Reichsregierung, deren Haupt mit dem rheinischen Volke und mit der deutschen Schmachttung erwachsen ist, zu, daß sie alles getan hat und tun wird, was dem deutschen Volke nützt. Die Erklärung des großen Fiedes wird durch bewährte „Verbindungen“ mehr in Frage gestellt, denn gefördert. Man hat den unangenehmen Beigeschmack, als ob diese wertvolle Angelegenheit nur zu unangebrachten Eitelkeiten gegen die Reichsregierung mißbraucht würde. Der neue Schritt des Papstes für die deutschen Gefangenen bedeutet zweifellos einen praktischen Weg zur Hilfe. Möchte seiner Bitte und damit einem heiligen deutschen Weihnachtswunsche Erfüllung werden!

Im Gefängnis zu Löwen

Berlin, 21. Dezember. Im besonderen Auftrage des Auswärtigen Amtes und mit Einwilligung der belgischen Regierung hat ein höherer Beamter der deutschen Gesandtschaft in Brüssel die im Gefängnis zu Löwen befindlichen 10 deutschen Staatsangehörigen besucht. Es handelt sich um Deutsche, die aus Anlaß des Ruhrkampfes von belgischen Kriegsgerichten verurteilt worden sind, und um die angablichen Urheber der Erschießung des belgischen Leutnants Gvaff. Von dem Ergebnis des Besuchs hat die Ruhrkommission Bericht vom Auswärtigen Amt verhandelt worden.

Zur letzten Kammerrede Poincarés

Berlin, 21. Dezember. An den politischen Kreisen hat man über die letzte Rede — wie wir hören — den Eindruck, daß diese Rede die von uns angebotene Atmosphäre des Vertrauens für die bevorstehenden Verhandlungen nicht befestigen wird. Außerdem hat Poincaré sich auch eine sachliche Unrichtigkeit zuschreiben können lassen, zum Beispiel stellt er den letzten deutschen Zahlungsvorschlag falsch dar. Dieser lautete auf 30 Milliarden Goldmark, aber nicht in dem Sinne, daß davon 20 Milliarden als bereits bezahlte in Abzug gebracht werden sollten.

Wenn Poincaré ferner die zurzeit im Ruhrgebiet noch herrschende Unruhe als ein Zeichen dafür ansprechen will, daß noch ein Rest des passiven Widerstandes vorhanden sei, so beläuft diese Anschuldigung kaum einer Zurechnung. Die Gründe, warum trotz der restlosen Aufgabe des passiven Widerstandes das Ruhrgebiet immer noch nicht zur geordneten Arbeit zurückkehren konnte, sind allgemein bekannt. Offensichtlich aber geht aus dieser Erklärungshaltung des französischen Ministerpräsidenten hervor, daß er sich jetzt bereits immer mehr Orientierung zu schaffen sucht, um die bevorstehenden Verhandlungen in jedem Augenblicke, der ihm gelohnt erscheint, zum Scheitern bringen zu können. Am deutlichsten geht die Gesinnung Poincarés aus seinem Hinweis darauf hervor, daß er nichts tun will, um die Autorität Poincarés zu schwächen und daß er die Freilassung der rheinischen Bevölkerung in keiner Weise schädigen wolle. Es ist wirklich überraschend, daß sich der französische Ministerpräsident in dieser Weise der Freilassung der Rheinländer annimmt. Man erkennt, daß ihm sehr viel darauf ankommt, den Herren Deputies und Lords eine Position zu verschaffen, durch die die direkte Verhandlung zwischen Paris und Berlin von vornherein erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird.

Kein neues Angebot an Frankreich

Die früheren Angebote infolge des Zusammenbruchs der deutschen Währung und Wirtschaft überholt — Eine neue Serie von Sonntagsreden? — Frankreich bleibt an der Ruhr bis zur völligen Bezahlung — Die Ernennung Dr. Schacht's zum Reichsbankpräsidenten

Die Ziele der Reichsregierung

Berlin, 21. Dezember. Wie und von unterrichteter politischer Seite aus Berlin mitgeteilt wird, beabsichtigt die Reichsregierung entgegen verschiedenen Darstellungen in der Presse, namentlich des Auslandes, keineswegs ein neues Angebot an Frankreich über die Entente. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß ein solches Angebot nicht nur materiell, sondern auch formell unangebracht wäre. Die offiziellen Angebote der Regierung Gans und Zereffmann sind ja heute noch nicht beantwortet, und materiell ist zu sagen, daß es der Reichsregierung ganz unmöglich wäre, etwa hinsichtlich der finanziellen Annehmlichkeiten neue Formulierungen zu treffen.

Die tatsächliche Lage ist derart, daß die früheren Angebote durch den inzwischen erfolgten Zusammenbruch der Währung und Wirtschaft überholt sind. Trotzdem wird die Regierung als Grundlage für eine Diskussion aufrechterhalten, denn es ist ihr Ziel, in direkte Verhandlungen zu mündlicher Aussprache zu kommen. Die Reichsregierung würde es begrüßen, wenn die Vorarbeiten für die Regelung dieser Dinge von der gegnerischen Seite beschleunigt würden, aber eine direkte Einwirkung auf diese Entschlüsse hat die Reichsregierung nicht. Die von Poincaré geforderten schriftlichen Erklärungen sind bereits abgegeben worden. Der Unterkommission, die die Leistungsfähigkeit nachsprühen hat, läßt unbenommen, sich direkt nach Berlin zu begeben und hier vom Reichsfinanzminister sich die Bücher offen aufschlagen zu lassen.

Der neue deutsche Schritt bei Poincaré

Paris, 21. Dezember. Der neue deutsche Schritt bei Poincaré wird heute nachmittag erörtert. Der deutsche Gesandter Dr. von Dörsch wird bei dieser Gelegenheit, wie wir hierzu melden können, Herrn Poincaré eine ausführliche aus mehreren Kapiteln bestehende Denkschrift überreichen, die zurzeit noch hand-über-Hand ist. In dieser Denkschrift werden eingehend die Wünsche Deutschlands nach Regelung der Erwerbsfragen im besetzten Gebiet der Ruhr, Steuern, Eisenbahn und Schifffahrt dargestellt. Die Verhandlungen sollen in Paris geführt werden und die neue Forderung des Pariser Schiedsprotokolls gehalten sich dabei zu einer unerschöpflichen Voraussetzung.

Poincaré'scher „Weihnachtsfrieden“

Paris, 21. Dezember. Herr Poincaré hat in La Courneuve (Département Seine) anlässlich einer Gedächtnisfeier eine neue politische Rede gehalten, die eine Ergänzung zu seiner letzten Nummerrede bildet. Frankreich habe nicht leichtfertig den Entschluß zur Besetzung des Ruhrgebietes gefaßt und keineswegs eine Verfrühdigung aus nationalem Selbstbewußtsein damit erreicht.

Frankreich würde vom Reiche nie einen Heller in bar oder in Sachleistungen erhalten haben, wenn die auslösenden Konferenzen fortgesetzt worden wären und wenn es sich mit anerkennen Einküsterungsversuchen begnügt haben würde. Außerdem wäre Deutschland in der Überzeugung befestigt worden, daß die verbündeten Mächte allmählich auf den Verfall der Vertrag verdrängen und nicht imstande wären, ihre Schuldforderungen einzutreiben. Mit einem Wort: Es hätte seine obruktionale, politische Einküsterung fortgesetzt. Nach einem Abbruchkrieg, den wir nur mühsam siegreich überstanden haben, erlebten wir einen Abbruchkrieg, aus dem wir sicher nur erschöpft und unbedeutend hervorgegangen wären. Deutschland wollte das vom Vertrage noch übrig gebliebene zurechnen und sich den Sieg Frankreichs zunutze machen.

Poincaré betonte weiter, daß nur die Befreiung der Ruhr Deutschland zum Rückgeben bringe. Gälte die französische Regierung davon absehen, so wären die Folgen für Frankreich unvorstellbar gewesen. Auf wirtschaftlichem Gebiet zumal wären große Rückschläge eingetreten und der französische Franken hätte (1) einen größeren Preisstand als jetzt erreicht. In diesem Zusammenhang behauptete der französische Ministerpräsident, daß die gegenwärtige Teuerungswelle nicht nur

Frankreich, sondern die gesamte Welt heimfuche. Die Kredite Frankreichs wären ebenfalls ohne die Pfänderegreifung völlig zusammengebrochen. Weil wir uns zum Handeln entschlossen, und unsere Ausdauer über den passiven Widerstand triumphierte, weil weder Deutschland noch die anderen uns zum Rückgeben gebracht hätten, belohnen jetzt uns die bereits erzielten Resultate. Wir stehen noch nicht am Ziele, doch nähern wir uns ihm mit jedem neuen Tag.

Poincaré kommt dann noch ausführlich auf die Konzeptionen Frankreichs zu sprechen und fährt fort: An dem Tage aber, an dem unser Land sich von den schlimmsten Gefahren bedroht sah, hat es sich bis zum äußersten verteidigt. Wir stehen an der Ruhr und werden sie erst nach völliger Bezahlung verlassen. Aber wir sind bereit, alle Möglichkeiten zu prüfen, um die Zahlungen zu beschleunigen und zu sichern.

Zum Schluß versichert Poincaré, daß es Frankreichs Aufgabe sei, auch dem Frieden zu dienen. Frankreich habe seine Grenzen zurückgehalten und die entrisenen Provinzen wieder erhalten. Es besitzt ein ungeheures Kolonialgebiet und steht in der Vergangenheit und in der Gegenwart von aller Welt beachtet da. Es erwartet weder für morgen noch für später etwas von einem Kriege, dessen Brenne es kennt und dessen Trostung es der 9 Jahren vermissenden wollte. Ein neuer Krieg erscheint Frankreich als Ungeheuerlichkeit und es hat nur den einen Wunsch, den Frieden zu festigen und damit mitzuwirken, daß die Lebensfähigkeit die Beschaulichkeit glücklicher Zeiten, Arbeitsfreudigkeit und die Freude am Leben wiederfindet.

Die Repko stellt erhöhte Leistungen fest

Paris, 21. Dezember. In den Kreisen der Repko wird berichtet, daß die Sachleistungen aus dem Ruhrgebiet in den letzten Tagen eine Ziffer aufweisen, die dem augenblicklichen Programm der Kommission so ziemlich entspricht. (Man beachte, daß diese Meldung aus Paris kommt, also als eine Tendenzmeldung aus den französischen Kreisen der Repko zu bewerten ist! Die Redaktion.)

Dr. Schacht Reichsbankpräsident

Der Reichsbankpräsident hat, entsprechend dem Vorschlag des Reichsrates, den Währungskommissionar und bisherigen Vizepräsidenten Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten ernannt. Dr. Schacht behält seine Stellung als Reichswährungskommissionar bei.

In den letzten Tagen schwankten die Urteile über die Aussichten der beiden Kandidaten für den Posten des wichtigsten deutschen Bankinstituts, Dr. Schacht und Dr. Helfferich, hart hin und her. Der Verwaltungsrat hatte Dr. Helfferich vorgeschlagen, der Reichsrat Dr. Schacht. Die entscheidende Ernennung des Reichsbankpräsidenten ist zumasten des letzteren ausgefallen. Dr. Schacht hat sich als Währungskommissionar voll und ganz bewährt und es ist zu hoffen, daß er — der politisch sicher weniger unwilligen ist, als Dr. Helfferich — die deutsche Reichsbank auf die alte Höhe des deutschen Währungsinstitutes zurückzuführen wird.

Die Belprednungen Luthers in Süddeutschland

Berlsruhe, 21. Dezember. Bei der Kabinettsitzung, die anlässlich des Besuchs des Reichsfinanzministers Dr. Luthers bei der badischen Regierung stattfand, wurden die gesamten schwedischen Finanzfragen erörtert. Einen weiten Raum nahm die beabsichtigte Neuordnung des Finanzangelegenheiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ein und die Vorschläge des Reiches, den Ländern und Gemeinden künftig außer der gesamten Wohlfahrtspflege, das Wohnungswesen und die Polizei zur selbständigen Erfüllung zu überweisen. Im Zusammenhang damit stehen auch die Absichten des Reiches, die Zuschüsse zu den kommunalen Aufwendungen abzubauen. Ferner fand die Rückgabe der Steuerhoheit an die Länder eine eingehende Besprechung, desgleichen alle die Bestimmungen, die in dem in den letzten Tagen herausgegebenen Entwurf einer Finanzreformordnung des Reiches vorgezeichnet sind, insbesondere die Frage der Aufwertung der Hypotheken und die Absichten der Reichsregierung, die Renten, die bei der in Aussicht genommenen Verringerung der Miethöheerhebung durch die Miethöheerhebung der Hypothekenaufwertung frei werden würden, den Ländern und Gemeinden finanzielle Beteiligung entweder in der Form einer besonderen Reichsteuer oder der Heranziehung auf der Grundlage der Steuer von dem Grundbesitzern zu lösen.

Ein Weihnachtsgruß an Rhein und Ruhr

Eine Kundgebung des Reichskanzlers

Essen, 21. Dezember. Die „Ruhrwoche“ veröffentlicht in ihrer heutigen Ausgabe ein Schreiben des Reichskanzlers Dr. Marx als Weihnachtsgruß an die Ruhr- und Rheinbevölkerung: Seit alterher ist Weihnachten das Fest der Familie. In glücklichen Friedensjahren hat das deutsche Volk gemeinsam Weihnachten gefeiert. Weihnachten 1923 aber ist die Einsamkeit des deutschen Volkes zerrissen. Ränzlich und willkürlich sind die Grenzen gezogen zwischen deutschen Volksgenossen. Die Grenzen aber überwindet der Geist und der Wille, ein Deutscher zu sein. In unsern Herzen lebt die Weihnachtshoffnung, daß bald Frieden wird auf Erden. Diese Hoffnung, die in uns lebt, stärkt uns und tröstet uns in brüderlichen Weihnachts Tagen.

gez. Reichskanzler Dr. Marx.

Die Besatzungskosten

Berlin, 21. Dezember. Das Reichskabinett hat in diesen Tagen über die Besatzungskosten Beschlüsse gefaßt. Diese sind bekanntlich auf 120 Millionen für das Bietjahr veranschlagt und umfaßt mehrere sehr schwierige Punkte. Es ist es natürlich äußerst fraglich, ob und in welcher Weise diese Kosten weiterhin getragen werden können. Es handelt sich dabei weniger darum, zu bestimmten Verpflichtungen zu gelangen, als vielmehr um eine erhaltene Wirkung der Mittel und Wege, auf denen dieses Problem zu lösen ist.

Matthes im Düsseldorf Schupoprojekt

Düsseldorf, 21. Dezember. Seit mehreren Tagen findet hier der Prozeß gegen die Schupoleute statt, die bei den Separatistenkämpfen festgenommen worden waren. In der Freitagssitzung erklärte der Separatistenführer Matthes, er hätte keine Propaganda mit ein paar größeren politischen Versammlungen in Bonn, Aachen, Düsseldorf usw. beenden wollen. In einigen Städten seien die Teilnehmer an diesen Versammlungen unerwartet überfallen worden. Darum sei der sogenannte Selbstschutz gebildet worden. Zum Rheinischen Tage in Düsseldorf habe er als zu einer unbedingt friedlichen Kundgebung aufgerufen. Jeder Aufwiegler mit Preussens! Wie-

der mit Berlin! sei streng verboten gewesen.

Die Verteidigung überreichte darauf dem Gericht ein auf dem Hindenburgwall aufgefundenes Notizbuch eines Mitgliedes des Selbstschutzes, in dem dieses sich seine Anweisungen eingetragen hatte, und sprach den Zeugen Matthes: Sagen Sie die Anweisung, die in diesem Buch eingetragen ist, was nach keine Schredensschüsse, sondern scharfe Schüsse abgeben werden sollten? Matthes erwiderte: Ich höre das zum ersten Male. Der Verteidiger fragte: Gatten Sie dem Rheinlandschub die Erlaubnis gegeben, Waffen zu tragen? Matthes antwortete: Ich halte mit dem Rheinlandschub nichts zu tun. Ich hatte für Düsseldorf nur die Sicherheit zu garantieren. Aber sein Ziel betragt, das er mit der Antändigung vom 30. September verfolgt habe; führte Matthes aus: Wist Ende vorher hatte man in der Düsseldorf Presse artikel: Separatisten gibt es nicht; es gibt nur ein kleines Häuflein. Ich wollte nur dem Ru- und Auslande zeigen, daß wir eine Masse sind, und daß es eine Rheinlandschubfrage gibt. Auf weitere Fragen gab Matthes an, daß er in Würzburg geboren sei und 15 Jahre im Rheinlande gewohnt habe. Er sei also ein Rheinfranke. In seinem Bureau sei bis zu seinem Weggang nach Koblenz bestimmt kein Woffenlooser gewesen. Die Vernehmung von Matthes dauerte über eine Stunde.

Das österreichische Hilfswerk für Deutschland

Wien, 21. Dezember. Die österreichischen Gewerkschaften haben bis zum 20. November für die reichdeutschen Pundekverbände insgesamt 2 861 898 201 Kronen aufgebracht. Die Stadtgemeinde Wien hat beschlossen, die am letzten Sonntag der Gemeinde Wien gespendeten 18 Milliarden Kronen für die Unterbringung deutscher Kinder in südtirolischen Erholungsheimen zu verwenden. Vorläufig kommen aus Berlin, Leipzig, Magdeburg, Dresden, Preakau ungefähr 500 Kinder zwei Monate nach Österreich.

Kardinal Fürstbischof Wiffel hat vor einigen Tagen in Wien Frau Darric Kreidler, die Gattin des bekannten Violinisten Professor Fritz Kreidler, in privater Audienz empfangen und ihr, erquickert durch die Berichte über das Elend in Deutschland, 10 Millionen Kronen für die hungernden Kinder Berlins zur Verfügung gestellt. Diese Mittel stammen aus einem Fonds, den Kardinal Wiffel in Wien zur Hilfe für die bedrängte deutsche Bevölkerung gesammelt hat.

Wiener Borsenspende für Deutschland. Die Wiener Börse der Wiener Borsensammer hat neuerdings 20 Millionen Kronen für die Deutschlandhilfe spendet.